

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/17

24. Januar 1973

Die Waffen schweigen in Vietnam

-----  
Befriedigung und Erleichterung in der  
ganzen Welt

Seite 1 / 41 Zeilen

Der Saldo ist positiv

-----  
Deutsch-französisches Gipfeltreffen war  
ein Erfolg

Von Dr. Hans Apel MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen  
Amt

Seite 2 und 3 / 53 Zeilen

Freiheit, die die Schriftsteller meinen

-----  
Autoren organisieren sich in der IG Druck  
und Papier

Von Diether Lattmann MdB  
Vorsitzender des Verbands deutscher Schrift-  
steller

Seite 4 und 5 / 64 Zeilen

Meilenstein für die Rundfunkfreiheit

-----  
Großer Erfolg in Bayern gegen die Pressions-  
versuche der CSU

Von Volkmar Gabert MdL  
SPD-Fraktionsvorsitzender im bayerischen  
Landtag

Seite 6 und 7 / 86 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heuseallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telefax: 886 846 / 886 847/  
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

## Die Waffen schweigen in Vietnam

---

### Befriedigung und Erleichterung in der ganzen Welt

Das Ende eines fast dreißigjährigen Krieges in Vietnam wird von der ganzen Welt als Erleichterung empfunden. Er hat diesem schwergeprüften Volk ungeheure Opfer an Gut und Blut abverlangt, hat die nordamerikanische Nation gespalten und alle zutiefst getroffen, die die Fähigkeit nicht verloren haben, das Leid anderer Menschen und Völker mitzuempfinden. Über anderthalb Millionen Menschen fanden den Tod, er traf unterschiedslos Soldaten, Frauen, Greise und Kinder. Fruchtbare Landstriche wurden in Wüstencien verwandelt, blühende Städte und Dörfer versanken in Schutt und Trümmer und zehn Millionen verloren ihr angestammtes Heim. Manchmal schien auch der Weltfriede zum äußersten bedroht, doch diese Gefahr konnte gebannt werden.

Nun gilt es, diesem unglücklichen Land der Nord- und Süd-vietnamesen weltweite Solidarität zukommen zu lassen. Die Menschen bedürfen der unmittelbaren und großzügigen Hilfe. Die Bereitschaft dazu ist allenthalben vorhanden. Auch die Bundesregierung wird, wie schon Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung ankündigte, gemeinsam mit anderen Staaten ihren angemessenen Beitrag leisten, und dieser Beitrag wird beiden Teilen des gespaltenen Landes gelten. Hier kann es keine Bevorzugungen und Einseitigkeiten geben. Auch die Bürger unseres Staates sind zur tätigen Mithilfe aufgerufen. Hier können sie ihre Opferbereitschaft beweisen. Unser Volk hat nach 1945 erfahren, was wirksame Solidarität bedeutet. Ungezählte verdanken der Hilfe ehemaliger Kriegsgegner ihr Leben und bekamen so zu spüren, was die Gemeinschaft der Menschen über alles Trennende hinweg bewirken kann. Vielfältige Möglichkeiten von Hilfeleistungen dürften sich auch für unsere junge Generation ergeben, die zurecht diesen schrecklichen Krieg als Herausforderung des menschlichen Gewissens empfand und deshalb demonstrierend auf die Straßen zog.

Der Krieg in Vietnam ist beendet, die Waffen schweigen. Ist aber schon der Frieden gesichert? Hier ergeben sich manche beunruhigende Fragezeichen. Tapferkeit und Mut der Vietnamesen müssen sich nun auf einem Feld beweisen, das schwer zu bestellen sein wird. Ein gesicherter Friede zwischen Nord und Süd bedarf großer Anstrengungen und vor allem der Überwindung aufgestauten Hasses. Der indische Außenminister hat kürzlich das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin und den Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik als ein auch für Asien ermutigendes Beispiel dafür gepriesen, daß es trotz aller ideologischen Gegensätze möglich ist, Formen eines geregelten Nebeneinanders entgegengesetzter Staats- und Gesellschaftssysteme zu finden. Er bewunderte den Geist, der diese Vereinbarungen ermöglichte. Möge dieser Geist Einzug halten über Land und Volk der Vietnamesen! (ex/24.1.1973/bgy/ex)

+ + +

Der Saldo ist positiv

Deutsch-französisches Gipfeltreffen war ein Erfolg

Von Dr. Hans Apel MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt

In zehn Jahren ist die ursprünglich als zu exklusiv angesehenen deutsch-französische Freundschaft und der sie begleitende Vertrag in die Normalität der europäischen Arbeit hineingewachsen. Sie hat in zehn Jahren schwierige Phasen westeuropäischer Politik überbrückt und sich als tragfähige Basis europäischer Friedens- und Entspannungspolitik erwiesen. Die deutsch-französische Freundschaft ist Zement und wesentlicher Grundstein europäischer Innen- und Außenpolitik geworden.

Das ist auch in der Themenstellung des Pariser Treffens sichtbar geworden. In diesem Jahr wollen die europäischen Institutionen gemäß den Forderungen der EWG-Gipfelkonferenz schwierige und weitreichende Beschlüsse fassen. Die Wirtschafts- und Währungsunion kann nur dann Ende dieses Jahres in ihre zweite Stufe eintreten, wenn wir in diesem Jahr entsprechende Schritte tun. Die soziale Komponente der Gemeinschaft soll in diesem Jahr vorankommen und die Regionalpolitik Gestalt gewinnen. Durch das Pariser Treffen ist die Europäische Union als die Gesamtheit aller Beziehungen Westeuropas zu Ende dieses Jahrzehnts ein Stück vorangekommen. Wichtig ist dabei, daß nun auch Paris von der "Politischen Union" spricht und damit die politische Finalität der Integration akzeptiert.

Das Verhältnis USA - Europa gewinnt an Gewicht für die

Zukunft unseres Kontinents. Dabei verliert die Frage, wie der Dialog USA - Europa organisiert werden soll, dann an Gewicht, wenn er konstruktiv und produktiv wird. Und hier treffen sich die deutschen und die französischen Interessen. Denn unsere Sicherheit hängt auf Dauer von der Präsenz und dem Engagement der USA in Europa ab. Die Gemeinschaft will im Rahmen des GATT mit den USA und allen anderen Handelspartnern die Zukunft des Welthandels sichern. Es ist gut, wenn die beiderseitigen Positionen vorher bekannt und geklärt werden und so aufeinander zulaufen.

Schließlich gewinnen die Fragen der Ost-/Westpolitik nicht zuletzt angesichts der beiden Konferenzen der KSZE und der MBFR an Gewicht. Die sowjetische Position wird flexibler. Die Perspektiven beider Konferenzen, ihre möglichen Inhalte und Zeithorizonte wie die Interdependenz zwischen MBFR und KSZE können sich verschieben und die erfolgreich koordinierte westliche Position vor neue Aufgaben stellen. Umso wichtiger ist die grundsätzliche Erörterung unter politischen Freunden und auf höchster Ebene und ihre wachsende Übereinstimmung in zentralen Fragen.

Nach zehn Jahren war auch Bilanz zu machen über das Jugendwerk, die wechselseitigen Kultur- und Erziehungsprogramme, die technologische Kooperation. Auch hier ergibt sich trotz unübersehbarer Probleme ein positiver Saldo der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Das Pariser Treffen ist ein Erfolg und hilft uns weiter, Westeuropas Identität und Einheit in der Welt zu finden. Denn die französisch-deutsche Freundschaft steht im Dienste Europas und seiner Völker. Insofern reicht sie über die beiden Länder hinaus und ist Vorbild und Hilfe für unsere Arbeit.

(-/24.1.1973/bgy/ee)

Freiheit, die die Schriftsteller meinen

Autoren organisieren sich in der IG Druck und Papier

Von Dieter Lattmann MdB

Vorsitzender des Verbands deutscher Schriftsteller

Die Entscheidung ist gefallen. Mit überwältigender Mehrheit haben die Delegierten und Mitglieder des Verbands deutscher Schriftsteller (VS) nach ebenso positiven Abstimmungen, die in den Landesgruppen vorangegangen waren, auf ihrem zweiten Kongress in Hamburg den Anschluß als Fachgruppe an die Industriegewerkschaft Druck und Papier beschlossen.

Die schreibenden Bürger der Republik haben endlich Konsequenzen aus der Tatsache gezogen, daß sie von ihren Auftraggebern in Funk und Fernsehen, Presse, Buchverlagen und Film ähnlich wie Arbeitnehmer abhängig sind. Sie haben damit ein Jahrhundertlanges Versäumnis revidiert. Denn welcher Arbeitnehmer würde heute noch ohne soziale Sicherung und arbeitsrechtliche Errungenschaften, wie nur Gewerkschaften sie durchzusetzen vermochten, sein Berufsleben verbringen?

Ausgerechnet von den Schriftstellern aber hat eine unaufgeklärte Gesellschaft bislang erwartet, sie sollten in eigener Sache unmündig bleiben. Sie, die angeblich Letzten der Freien und individualistisch Tätigen - so jammern nicht wenige Kommentatoren - hätten sich nun auch ins Kollektiv begeben und ihre Unabhängigkeit in einer Art ideologisch motivierter Verblendung hergeschenkt.

Worum also geht es in Wirklichkeit? Organisiert werden auf der vernünftigen Basis des gemeinsamen Nenners die rechtlichen, sozialpolitischen und ökonomischen Interessen der Autoren; keineswegs jedoch die Inhalte literarischer Arbeit. In seinem Schreiben bleibt jeder Autor völlig frei. Dies verkennen die willentlichen Ignoranten, die aus dem Gewerkschaftsbeitritt das "Ende geistiger Freiheit" herauszudeuten bemüht sind, obwohl es ausdrücklich anders

zu Buche, das heißt in allen Vereinbarungen zwischen Schriftsteller-  
verband und Gewerkschaft und auch in Satzung und Geschäftsordnung  
steht.

Was die konservativen Kritiker geflissentlich verschweigen, ist  
der Umstand, daß gerade die weitbekanntesten, die prominentesten  
Autoren der Bundesrepublik - die es selber wirtschaftlich nicht  
brauchen - den Schritt in die Industriegewerkschaft am entschie-  
densten gewollt und vorangetrieben haben. Übrigens ist es, so weit  
bekannt, in aller Welt das erste Mal, daß sich ein Schriftsteller-  
verband auf nüchterne Weise so logisch verhält und derangeht, in  
der Solidarität einer industriellen Mitgliedergewerkschaft, also  
im Bunde mit Arbeitnehmern der Technik, das Tarifrecht für den Ab-  
schluß von Musterverträgen mit den Verwaltern der Massenmedien  
einzufordern.

Der Anschluß an die IG Druck und Papier ist nach dem Willen  
der Autoren nur der erste Abschnitt auf dem Weg zur Verwirklichung  
einer IG Medien. Sie soll aus den dafür prädestinierten bisherigen  
DGB-Gewerkschaften IG Druck und Papier und Gewerkschaft Kunst im  
Lauf möglichst weniger Jahre gebildet werden und die Vielzahl der  
in den kulturellen Bereichen und Medien abhängig Tätigen vom  
Intellektuellen bis zum Kameramann und Beleuchter, vom Künstler bis  
zur Sekretärin und zum Kraftfahrer, vom Autor bis zum Setzer,  
Drucker und Buchbinder in einer starken Gesamtorganisation vereinen.  
Kein Wunder, daß dies jenen nicht paßt, die Meinungs- und Presse-  
freiheit als die Freiheit Weniger verstehen, zu sagen und zu drucken,  
was ihren bisherigen Vorrechten und ihrem Eigenverständnis ent-  
spricht.

Es geht um mehr Freiheit - nicht für die Auftraggeber, die  
daran wenig Mangel leiden, sehr wohl aber für die von übermächtigen  
Arbeitgebern abhängigen Autoren. Dies ist der ermutigende Sachver-  
halt. Der Weg der Schriftsteller aus dem Elfenbeinturm in die Mit-  
bestimmung der Existenzbedingungen in ihrer Arbeitswelt ist keine  
Kulturrevolution, wohl aber die Chance, eine Ohnmacht zu beenden,  
die Organisationen der Autoren in mehr als einem Jahrhundert in  
berufsständischem Selbstbegrügen hingenommen haben. Insofern tat-  
sächlich: ein Jahrhundertereignis. (-/24.1.1973/ks/ee)

## Meilenstein für die Rundfunkfreiheit

Großer Erfolg in Bayern gegen die Pressionsversuche der CSU

Von Volkmar Gabert MdB

SPD-Fraktionsvorsitzender im bayerischen Landtag

Nach einem Jahr harter Auseinandersetzungen im bayerischen Parlament und einem erfolgreichen, von mehr als einer Million wahlberechtigten Bürgern unterschriebenen Volksbegehren, hat sich nun die Verhandlungskommission des Landesbürger-Komitees "Rundfunkfreiheit" mit den Spitzen der CSU auf einen gemeinsamen Text für eine Einfügung eines Artikels 111a in die bayerische Landesverfassung geeinigt. Die satzungsgemäßen Organe des Landesbürger-Komitees sowie der SPD und der FDP und des Deutschen Gewerkschaftsbundes werden sich noch mit dem Inhalt der Vereinbarung beschäftigen. Das gilt natürlich auch für die CSU. Trotzdem kann man sagen, daß es sicher zu einem gemeinsamen verfassungsändernden Gesetzentwurf der drei Parteien im Landtag kommen wird, der dann voraussichtlich im Juni zur Volksentscheid ansteht.

Diese Vereinbarung beschließt eine harte Auseinandersetzung. Sie wurde im Parlament von SPD und FDP gegen die absolute Mehrheit der CSU geführt, die ohne Rücksicht auf Argumente eine Rundfunkgesetz durch die parlamentarischen Beratungen peitschte, das eindeutig die Vormachtstellung der CSU und der ihr nahestehenden Vertreter zementieren sollte. Ein ganzes Bündel von neuen Bestimmungen in diesem Rundfunkgesetz machten die Gefahr sichtbar, daß künftig freie Entscheidungen von Redakteuren dadurch gefährdet sein würden, daß sie in diesen Gesetzbestimmungen eine Unsicherheit für ihre Zukunft sehen konnten. Außerdem erklärte die CSU, daß sie auch die rechtlichen Voraussetzungen für einen privaten Rundfunk schaffen würde.

Diese Pläne riefen viele engagierte Bürger auf den Plan, gemeinsam mit der SPD, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der FDP, dem DAG, dem Schriftstellerverband, der katholischen und der evangelischen Jugend sowie dem Landesjugendring, um nur einige Organisationen zu nennen, ein Landesbürger-Komitee zu bilden, um durch ein Volksbegehren die Entscheidung der absoluten Mehrheit der CSU zu korrigieren. Um eine dauernde Korrektur zu erreichen, wurde eine Verfassungsänderung zum Inhalt des Volksbegehrens gemacht. Durch diese Bestimmung sollte privater Rundfunk in Bayern verboten sein und die Vertreter der Fraktionen des Landtages, des bayerischen Senats und der Staatsregierung sollten nur ein Drittel der gesamten Mitgliedschaft des Rundfunkrates ausmachen. Die Vertreter der Verbände sollten von diesen selbst gewählt werden. Das Volksbegehren war erfolgreich, und dann versuchte die CSU im Landtag, den Volkswillen durch Verfassungsargumente zu torpedieren. Sie faßte mit ihrer Mehrheit den Beschluß, daß insbesondere das Verbot

von privaten Rundfunkanstalten verfassungswidrig sein sollte.

Die nun getroffene Vereinbarung zeigt den vollen Erfolg des Landesbürger-Komitees bei der Durchsetzung seiner Ziele. In dem gemeinsam vereinbarten Verfassungstext ist die ausschließliche öffentlich-rechtliche Trägerschaft des Rundfunks festgelegt. Auch die Bewilligung, daß die Vertreter der Fraktionen, des Senats und der Staatsregierung ein Drittel im Rundfunkrat nicht übersteigen dürfen, und die Wahl der Verbandsvertreter durch die Verbände selbst sind Teile dieses Verfassungstextes. Das heißt, daß alle Ziele des Volksbegehrens darin enthalten sind. Darüberhinaus wurden die Grundsätze über die Rundfunkfreiheit, die zum Teil im Rundfunkgesetz und in Urteilen des Bundesverfassungsgerichts enthalten sind, ebenfalls auf die Ebene des bayerischen Verfassungsrechts gehoben. Die Gesprächsteilnehmer an den Verhandlungen, die zur Vereinbarung führten, waren sich einig darüber, daß auch Kabelfernsehen nur öffentlich-rechtlich betrieben werden kann. In einer selbstverständlichen Fußnote wurde festgehalten, daß die Beteiligten dann die verfassungsrechtliche Lage prüfen würden, wenn das Bundesverfassungsgericht durch Entscheidungen eine andere Rechtslage schafft.

Die CSU hat ihre rundfunkpolitische Haltung in den letzten vier Wochen um 100 Prozent geändert. Noch im Dezember 1972 hat sie mit ihrer Mehrheit im Landtag den Beschluß gefaßt, daß die jetzt in der vereinbarten Verfassungsänderung enthaltenen Ziele verfassungswidrig seien. Sicher hat die CSU erkannt, daß das Volksbegehren eine breite Basis in der Bevölkerung hatte, und sie wollte daher wahrscheinlich die Auseinandersetzung nicht bis 1974 verlängern, wobei sie sich auch in den letzten vier Wochen darüber klar werden mußte, daß ihre Rechtsauffassung nicht zu halten sein würde. Die Vereinbarung ist die Liquidation einer verfehlten Rundfunkpolitik der CSU. Sie ist gleichzeitig ein Meilenstein für die Rundfunkfreiheit und sicher eine Entscheidung, die für das ganze Bundesgebiet beispielhaft sein wird.

Die über eine Million Bürgerinnen und Bürger, die offen durch ihre Unterschrift das Volksbegehren des Landesbürger-Komitees unterstützt haben, waren erfolgreich. Man kann ihnen für ihr Engagement nur danken. Sie haben gezeigt, daß auch falsche Entscheidungen einer Mehrheitspartei durch Einsatzbereitschaft von der Bevölkerung korrigiert werden können. Ohne dieses Volksbegehren wäre es niemals zu einer solchen beispielhaften und fortschrittlichen Regelung in der Rundfunkpolitik Bayerns gekommen.

(-/24.1.1973/ks/ex)